

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — **Bezugspreis:** Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Postzustellung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreis:** Die halbpaltene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltene Reklamazeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedingt zu beschreiben oder durch Fernsprecher aufzugeben. Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / **Bezugsgebühr:** 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 142

Dienstag, den 1. Dezember 1931

33. Jahrg.

## Verkaufssonntage.

Für den Weihnachtsgeschäftsverkehr in nunmehr auch der 3. Sonntag vor Weihnachten freigegeben worden. Die hiesigen Geschäfte sind somit am 6., 13. und 20. Dezember von 7<sup>1/2</sup>—8<sup>1/2</sup> und von 11—18 Uhr zum Verkauf geöffnet. Kemberg, den 30. November 1931.

156] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Nach der Polizeiverordnung über Kleinbahnen ist das **Betreten des Bahnkörpers** insbesondere das Uebersteigen des Gleises an anderen Stellen als an den Uebergängen, **verboten** und strafbar. Kemberg, den 28. November 1931.

157] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 28. November

Die Sitzung des Preussischen Landtages fand im Zeichen umfangreicher Abstimmungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten sofortige Beratung ihrer Anträge auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes und aller Beeinträchtigung der Presse- und Redefreiheit sowie wegen angeblicher Mißstände in der Erziehungsanstalt Templin. Die Beratung scheiterte am Widerspruch der Sozialdemokraten, der von den Kommunisten mit Värm quittiert wurde.

Der Landtag nahm hierauf die Wahl seines Präsidenten vor, für die von der sozialdemokratischen, als fünften Fraktion des Hauses der Abg. Wittmaack vorgeschlagen ist. Die **Auswahlung** ergab die Wahl des Abg. **Wittmaack** (Magdeburg (Soz.)) mit 250 Stimmen.

Abg. Wittmaack nimmt die Wahl an. Er begibt sich sofort auf den Platz des Präsidenten und dankt in einer kurzen Ansprache dem Hause für seine Wahl. Dabei gibt er unter Bravo-Rufen im Kreise Rathor ferner im würdevollen Teil Kurzhellens in andere im Kreis Warburg, sowie für das Amt Wilm in der Gemeinde Mehlum.

Unter der Leitung des neuen Präsidenten legt das Haus die Erledigung seiner Tagesordnung fort.

Der Antrag des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der Immunität des Abg. Ledendorff (Wirtschaftsp.) zum Zweck der Freigabe der Strafanzeige wegen des Zusammenbruchs der Berliner Grandbühnen wird angenommen.

Nachnahme findet auch der umfangreiche Antrag des Geschäftsausschusses auf Hilfsmaßnahmen gegen Unmuttereliche in Nord-Sachsen im Kreis Rathor ferner im würdevollen Teil Kurzhellens in andere im Kreis Warburg, sowie für das Amt Wilm in der Gemeinde Mehlum.

In namentlicher Abstimmung wird dann der **deutschnationale Mithausantrag** gegen den Außenminister Grimme mit 219 Stimmen der Regierungspartei gegen 173 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Das Haus nimmt schließlich die Abstimmung über die neue **Geschäftsordnung** vor.

Abg. Schöler (Ztr.) beantragt zunächst über den neuen Paragraphen 123 abzustimmen, wonach namentliche Abstimmung nur erfolgen kann, wenn der Antrag von mindestens 30 anwesenden Abgeordneten unterstützt ist. Dieser Paragraph solle nach seiner Annahme sofort in Kraft treten und bei den namentlichen Abstimmungen Anwendung finden.

Nach längerer Debatte findet ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den **Zentrumsantrag** Billigung. Es wurden nur 208 Stimmenträger abgegeben. Das Haus ist also beschlußfähig.

Vizepräsident Dr. von Kries teilt hierauf mit, daß die nächste Sitzung am 15. Dezember stattfinden werde. Die Oppositionsparteien nehmen diese Mitteilung mit lebhaftem Beifall auf.

## Des Reiches Winterhilfe.

Detrich und Schöle im Haushaltsausschuß.

Berlin, 28. November

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach u. a. auch Reichsfinanzminister **Detrich** über die Winterhilfe, wobei er erklärte, die Regierung sei bereit, die Verbilligung der für die Ernährung notwendigen Produkte zu ermöglichen, und teilte mit, daß sich einige Reviere bereit erklärt haben, Kohlen umsonst zur Verfügung zu stellen, andere hierfür in die verbilligten Kohlen zu stellen, andere hierfür in die verbilligten Kohlen zu stellen.

Das Reich sei bereit, noch 12 Millionen Mark bereitzustellen, um die freimillige Aktion der Kohlenhändler zu unterstützen.

Es werde es möglich sein, die zwei Millionen Tonnen, die von den verschiedenen Revieren angeboten würden, noch einmal um 6 Mark pro Tonne zu verbilligen. In der **Kohlpreisklage** sei eine Verbilligungsaktion im Gange, ebenso bei den Kartoffeln.

Die Lage der Viehproduzierenden Landwirtschaft ist katastrophal geworden. Die Reichsregierung sei bereit, für die Verbilligung des Fleisches 15 Millionen RM aufzuwenden, damit die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch für die Dauer von drei Monaten sichergestellt sei.

Reichsernährungsminister **Schöle** wies darauf hin, daß zur Verbilligung der Kartoffeln im Interesse der Minderbemittelten und Erwerbslosen in Berlin bereits Abmachungen zwischen dem Groß- und Kleinhandel getroffen seien. Die Minderbemittelten erhielten bei den Kleinhändlern Kartoffeln zu einem um 85 bis 90 Pfennig je Zentner verbilligten Satz.

Beim **Polzpreis** sei, vom Beispiel Berlins ausgehend, in fast allen Großstädten eine Preislenkung für die Erwerbslosen eingeleitet.

## Wirtschaftsfragen der Gegenwart.

Die Stellung des Reichsverbandes der Industrie.

Auf der Hauptversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich der neue Vorsitzende **Dr. Krupp** von dem Böhlen und Halbad mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Eine Besserung wäre nur möglich, wenn alle an der Volkswirtschaft beteiligten Länder zusammenarbeiten. Die innere Sanierung wäre möglichst schnell durchzuführen.

Namens einer Anzahl Verbände des Handels und der Industrie wandte sich der Redner scharf gegen die in letzter Zeit besonders häufig aufgetretene Verleumdung von Treue und Glauben zum Schaden der Allgemeinheit.

Dr. Krupp forderte dann auch von der Privatwirtschaft und dem Einzelnen die Ausgaben einzuschränken.

Die Frage der **Reichsreform** erfordere Schritte, die von dem Zwange zu einer sparsamen, überhöflichen und einheitlichen Verwaltung diktiert sind. Dann erklärte der Redner:

Der Reichsverband wolle sich nach wie vor jederzeit von der Notwendigkeit von höherer nationaler Bedeutung ist. Gleiches gilt auch gerade für den Teil der Industrie, welcher unter dem Begriff der mittleren und Kleinindustrie fällt. Der Reichsverband hat bereits in den letzten Jahren sich besonders der Töte der Mittel- und Kleinindustrie angenommen, und ich werde mich auf dieser Linie gleichfalls mit allen Kräften einlehen.

Der Vortragsredner wandte sich dann den **a u ß e n p o l i t i s c h e n** und **außenwirtschaftlichen** Aufgaben zu. Der Reichsverband lehne selbstverständlich den Verfall der Vertrag ab.

Es müsse im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft eine Lösung gefunden werden, die dem freudigen Zusammenarbeiten aller Völker einen neuen Aufschwung gebe.

Zur **Währungsfrage** übergelend, erklärte der Redner, das Präsidium des Reichsverbandes hat in seinen beiden letzten Sitzungen einmütig und entschieden den Standpunkt eingenommen, daß

die **deutsche Währung** unter allen Umständen erhalten bleiben müsse.

## Für Lockerung der Dreisbindungen

Anschließend an die Rede Dr. Krupps behandelte der preussische Minister für Handel und Gewerbe, **Dr. Schreiber**, das Thema: Staat und Wirtschaft in der Krise. Die Forderung, daß der Staat sich von der Wirtschaft zu befreien habe, wäre unerfüllbar, da Staat und Wirtschaft bei jedem Wirtschaftssystem untrennbar miteinander verflochten wären.

## Zwei Probleme

wären zur Zeit gestellt: 1. Die Gesamtlohnsumme auf mehr Menschen zu verteilen und 2. das Heer der Arbeitslosen wieder zu produktiver Arbeit zu bringen. Die Löhne müssen durch geeignete Methoden unseren Gesamtergebnissen angepaßt werden. Gleichzeitig müßten die Kosten für die Lebenshaltung gelenkt werden durch Besteuerung nicht nur privater Preisbindungen, auch bei den amtlich bestimmten Preisen (Miete, Verkehrs- und Verordnungsstarife).

## Industrie und Osthilfe.

Eine Bestimmung zur neuen Notverordnung.

Berlin, 29. November.

Beim Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister **Dr. Schlang**-Schöningen, fand eine Besprechung mit Vertretern des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes statt, in der vereinbart wurde, daß die demnächst beabsichtigenden Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung vom 17. November u. a. folgende Bestimmung enthalten werden:

Verträge mit einem Betriebsinhaber des Osthilfegeschäfts, die in der Zeit vom Inkrafttreten der Sicherungsverordnung bis zur Eröffnung eines Sicherungsverfahrens zum Abschluß gelangen, werden, sofern sie zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft erforderlich waren, so behandelt, als ob sie die Zustimmung des Treuhänders nach § 13 Abs. 2 erhalten hätten. Es unterliegen somit diese Geschäfte keinerlei rechtlichen Beschränkungen. Damit dürften die ausenblühend aufgetretenen Hem-

mungen im Kreditumlauf des östlichen Wirtschaftsgebietes bei gutem Willen aller beteiligten Stellen endgültig behoben sein, zumal die Reichsfinanzverwaltung zu jeder weiteren Kreditgewährung bereit erklärt hat.

## Ruhrschiedspruch verbindlich.

Erklärungen des Zechenverbandes.

Berlin, 29. November.

Im Reichsarbeitsministerium haben die Verhandlungen über die Verbindlichkeiterklärung des Ruhrschiedspruchs für den Ruhrbergbau stattgefunden, bei welchem der Vertreter des Zechenverbandes die Erklärung abgab, daß die **Erlöserschiedsgerichte** von März bis September 1931 für jede Tonne 1,32 Mark betrage.

Es warte mit **Sicherheit** zu erwarten, daß infolge der Auswirkungen der Pfundkrise eine weitere Verbilligung eintreten müsse. Ohne Senkung der Selbstkosten sei daher keine Möglichkeit gegeben, die Krise zu überwinden.

Er gebe durchaus einig mit den Ausführungen des Schlussschiedsrichters des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, wenn er angesichts der Tatsache, daß eine Senkung der Steuern und öffentlichen Lasten zur Zeit nicht möglich sei, eine Herabsetzung der Arbeitskosten verlange. Diese Senkung müsse, wenn sie überhaupt wirksam sein sollte, sofort eintreten.

Der **Erst** der Lage sei nicht besser zu kennzeichnen als durch die **freimütige** Erklärung, daß eine **Cohärenz** die Lebenshaltung und die allgemeine Wirtschaft nicht in dem Maße gefährde, wie die finanzielle Lage und der Bestand der Werke durch die Beibehaltung dieser Selbstkosten gefährdet seien.

Der **Ruhrbergbau** sei in der Lage, alle **Forderungen** abzufüllen, wenn er zu dem **Erfolg** komme, von neuem 25 bis 30 000 Arbeiter zu entlassen. Das wolle er nicht verantworten. Das Opfer, das durch die **Forderungen** auferlegt werde, sei von beiden Gruppen, Unternehmern und Arbeitnehmern zu tragen.

Der **Reichsarbeitsminister** hat den **Schiedspruch**, der die jetzt gültige **Notverordnung** bis 31. Dezember 1931 ohne jegliche Veränderung verlängert, für **verbindlich** erklärt.

## Beamtenbund und Wirtschaftsbeirat.

Unzufriedenheit der Beamtenschaft.

Berlin, 29. November

In einer Mitteilung des Deutschen Beamtenbundes, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung befaßt, heißt es unter anderem:

Dieses Ergebnis, das die Grundlagen einer neuen **Notverordnung** bilden soll, hat auch die deutsche **Beamtenenschaft** aufs schmerzliche enttäuscht. Wiederrum klingt die **Wirtschaft** weiter Lohn- und Gehaltsforderungen aus dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates heraus, während andere Möglichkeiten zur **Beilegung** der **Wirtschaftskrise**, insbesondere die Frage einer wirksamen **Preislenkung** nur sehr **problematisch** behandelt wurde.

Wichtigem sind die **Beamtenangelegenheiten** unter dem Stand geblieben, den sie 1927 vor der **Neuregelung** hatten. Dazu kommt, das **wirtschaftliche** und **unangenehmlich** notwendige Ausgaben des **Beamtenhaushaltes** gegenüber dem Stand vor der **Beibehaltung** der **Wirtschaftskrise** erheblich verteuert sind. Der **Wirtschaftsbeirat** empfielt eine **Einengung** der **Lebenshaltung** und der **Kaufkraft** der **Beamten** und der **übrigen** **Arbeitnehmer** hinsichtlich die **allgemeine** **Not** vergrößert, wie die **hierherigen** **Erfahrungen** bezeugen.

Demgegenüber fordert er **durchgreifende** **gleichgerichtete** **Maßnahmen** zur **Senkung** der **Preise**, **Mieten**, **Zinsen** und **öffentlichen** **Leistungen**. Insbesondere verlangt er die **Beilegung** der **wirtschaftlich** **unberechtigten** **Preisbindungen**, der **preissteigernden** **Zollpolitik** und der **übertriebenen** **Handels** **maßnahmen**, damit endlich die **Preislenkung** die **Einkommensenkung** unterstreife.

## Gefahren für den Kirchenfrieden.

Ein Erlaß des Berliner Evangelischen Oberkirchenrates.

Berlin, 29. November.

In einem Rundbrief an die Konfirmanden beschäftigt sich der **Evangelische Oberkirchenrat** der **altpreussischen** **Union** mit den **Gefahren**, die aus der **wachsenden** **Verfälschung** der **politischen** und **wirtschaftlichen** **Gegenstände** für den **Frieden** des **kirchlichen** **Gemeindelebens** erwachsen. In **diesem** **Zeiten** der **Spanne** sei die **Kirche**, **der** **von** **Gott** **gegebene** **Sammel** **punkt** der **Einheit** und **Einigkeit**. Diese **Einheit** dürfe nicht **gefährdet** werden.

Die **Oberste** **Kirchenbehörde** legt allen **Geistlichen**, **kirchlichen** **Körperschaften** und **Gemeindegliedern** die **hohe** **Verantwortung** dafür auf **Gewissen**, daß der **Frieden** des **Gemeindelebens** und die **Wohlfahrt** des **Gottesdienstes** keine **Störung** erliden. Der **Wort** müsse **lich** **innerhalb** und **außerhalb** seines **Amtes** **unbeschadet** des **Rechts** der **freien** **Mit**

nungsgängerung von Gewissenswegen vor Augen haben, daß er allen Gliedern der Gemeinde zu dienen hat, wo er selbst in den Gegenseit der Parteien eintritt, müsse er Zurückhaltung und Mäßigkeit bewahren, mit Entschlossenheit der trostlosen Bewiderung des Meinungsstumpfes entgegenzutreten und bei der Förderung nationaler und sozialer Fragen sowie in der Behandlung andersgearteter Maßregeln und Ziele zur Stellung bringen.

Zur Frage der Einräumung der Kirchengebäude an Vereinigungen mit politischem Charakter wird ausgeführt: Die Werten der Kirche müssen offen stehen, die mit der Gemeinde sich unter das Evangelium stellen und in Anbacht sich vor Gott beugen wollen, doch müsse alles, was der Verkündigung des Wortes Gottes fremd ist oder die Anbacht stört, sorgfältig vermieden werden. Niemand dürfe die Kirche irgendwelchen parteipolitischen Demonstrationen dienen. Dies gelte auch für den geschehenen Kirchgang politischer Vereinigungen mit ihren Fahnen und Emblemen, wo jene Gebahren besonders gegeben seien.

### Keine „Kronjuwelen“ ins Ausland.

Der Verkauf der Wittelsbacher Juwelen in London.

München, 28. November

Zu den Presseerwähnungen über den Verkauf Wittelsbacher Juwelen in London erklärt die Generaldirektion des Wittelsbacher Ausgleichsfonds:

Die „Kronjuwelen“ befinden sich nach wie vor unangehtelt in der Münchener Residenz. Insbesondere wurden aus der Schatzkammer Gegenstände historischer und künstlerischer Wertes nicht entfernt.

Zum Verkauf in London wurden lediglich einige, allerdings besonders wertvolle Edelsteine und Schmuckgegenstände bestimmt, die dem Wittelsbacher Ausgleichsfonds bei der Auseinanderlegung zwischen dem bayerischen Königshaus und dem bayerischen Staat überwiehen worden sind.

Der Wittelsbacher Ausgleichsfonds ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts, deren Vermögen sich zum überwiegenden Teil aus land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz zusammensetzt. Der Rückgang der Erträge, insbesondere in Waldungen, um ein Drittel katastrophaler, daß die Stiftungserhaltung aus den Erträgen dieser Vermögenswerte dem Stiftungszweck nicht mehr gerecht werden konnte. Das hat zu den Verleihen geführt, durch den Verkauf bisher untrennbarer Objekte Kapital zu schaffen, um damit die Erträge des Fonds einigermaßen zu ergänzen.

### Labals vier Punkte.

Ein Maximal-Programm. — Provisorium oder Endlösung? Fragen an Frankreich.

Innerpolitische Reden sind ein schlechter Anlaß für außenpolitische Verhandlungen. Das hat auch die Rede bewiesen, mit der der französische Ministerpräsident vor der Kammer Rechenschaft über seine Politik im letzten halben Jahr ablegte. Nachdem in den diplomatischen Gesprächen, wenn das auch nicht in offiziellen Dokumenten zum Ausdruck kommt, Klarheit über Umfang und Inhalt der Reparationsbedingungen geschaffen war, glaubte Labal, den innerpolitischen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können. Dementsprechend ist seine Rede ausgefallen.

Will die französische Regierung wirklich die von der Pariser Presse verurteilte Zehle von der deutschen Verwundungsfähigkeit übernehmen? Will man wirklich auch von offizieller französischer Seite den eindringlich hervorzuheben, daß Deutschland nur ungerechtfertigte und unzulässige Kredite aufgenommen?

Man muß, nach den Bemühungen Labals um unmittelbare deutsch-französische Verständigung, nach den Zusätsen, die er in Berlin bekommen hat, zunächst glauben, daß diese Fragen nur in sich innerpolitisch berechnet sind. Aber erstens ist es zu nehmen und mit den Rücksichten auf die Innenpolitik ist es nicht mehr zu entscheiden, wenn der französische Ministerpräsident den Reparationsverhandlungen so enge Grenzen gesetzt hat, daß, ohne sie zu überschreiten, kaum eine der Weltwirtschaftsnotwendig entsprechende Lösung gefunden werden kann.

Labal hat nur Frankreichs Bereitschaft erklärt, ein Provisorium mitzunehmen, er will die Reparationen nur in dem Maß vermindern lassen, wie Frankreichs Wirtschaftslage in Amerika herabgesetzt werden, er will keinesfalls auf die 600 Millionen ungelichgültig seiner Jahreszahlung verzichten, und er hat als vierten Punkt seines Reparationsprogramms gegen die Möglichkeit Stellung angenommen, daß den Privat-

schulden ein Vorrang vor den politischen Schulden einge-räumt werden könnte.

Diese vier Punkte Labals sind — und espaß muß sich die öffentliche Diskussion in Deutschland vor allem mit ihnen beschäftigen — ein französisches Maximalprogramm.

Man muß die französischen Politiker auf einen psychologischen Gesichtspunkt aufmerksam machen. Die Ueberwindung der jetzigen Krise die Deutschland besonders schwer trifft, fordert von allen Schichten des deutschen Volkes außerordentliche Anstrengungen. Die Durchführung dieser Politik erfordert arbeitsbedingte teilweise Arbeitslosigkeit.

Glauben die französischen Politiker, daß diese Arbeitslosigkeit aufgebracht werden kann, wenn dem einzelnen deutschen Staatsbürger dabei nicht bewußt ist, daß er durch sein Verhalten Aussehen auf eine bessere Zukunft des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit, auf günstigere Entwicklungsmöglichkeiten für die nächsten Jahrzehnte eröffnet?

Es würde nicht gerade für eine Zunahme der politischen Erkenntnisse in Frankreich sprechen, wenn man auch jetzt wieder den Grundgedanken politischer Handelsgesellschaft anwendet, statt die Hauptaufgabe zu richten, welche über die internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzuführen.

Ministerpräsident Labal will nur ein Provisorium für die wirtschaftliche Depressionsperiode zulassen. Kann man mit einem solchen Provisorium wirklich die Krisengefahren überwinden? Sie sind zum guten Teil ja gerade entstanden, weil die Unfähigkeit über Deutschlands Schuldverpflichtungen, über seine Fähigkeiten, diesen Verpflichtungen nachzukommen, den Kredit für Deutschland immer mehr verteuerte, die deutsche Privatwirtschaft immer höheren Zinsenverpflichtungen aussetzte und schließlich dazu führte, daß man aus Wutfragen gegen die politische Zukunft Deutschlands die Kredite überhaupt zurückzog. Es ist bezweifelhaft, daß die Londoner „Times“ sich bereits gegen die Rede Labals gewandt haben. Sie erkennen diese schädigende Wirkung der Reparationsbedingungen ebenfalls voll an, sie fordern ebenfalls die Beilegung der Unfähigkeit, die sich aus den Reparationsverträgen ergeben hat.

Vertrauen für die Regierung.

In der Kammer wurden drei Abstimmungen vorgenommen. Die erste Abstimmung ging über die Priorität der sozialistischen Tagesordnung. Gegen die Priorität hatte Ministerpräsident Labal die Vertrauensfrage gestellt. Die Kammer lehnte die Priorität der sozialistischen Tagesordnung mit 325 gegen 240 Stimmen ab. Dann wurde die Priorität für die radikale Tagesordnung beantragt. Auch hier stellte Ministerpräsident Labal die Vertrauensfrage gegen diese Priorität. Die Kammer lehnte die Priorität der radikalen Tagesordnung mit 310 gegen 285 Stimmen ab. Die dritte Abstimmung galt der im Wortlaut bereits gemeldeten von der Regierung angenommenen Tagesordnung Ruch-Lafitte.

Diese Tagesordnung wurde mit 325 gegen 150 Stimmen angenommen.

Die Radikalen haben sich bei der Abstimmung der Stimmung abgelesen.

### Französische Gastlichkeit.

Abstimmungsfundgebung gelpront.

Paris, 29. November

Auf der öffentlichen Kundgebung des internationalen Abwärtungsfonds in der vollbesetzten Trocadero, im größten Saal von Paris, bei der Herriot den Vorschlag machte, konnte in den ersten fünf Viertelstunden kein Redner zum Vorne kommen. Gleich als der zweite die Rede begann, eröffnete wurde er durch Gegenkundgebungen von der Galerie niedergedrückt.

Trotz des Lärmes, mit dem die Abwärtungsfundgebung begann, verließen die auf der Liste stehenden Redner ihre Ausführungen zu machen. Sie wurden durch Demonstranten zum Teil niedergedrückt.

Reichstagsabgeordneter Joss konnte sich zeitweilig verständlich machen, und die weitestliefenden Stellen seiner Rede wurden sogar vom Publikum mit Beifall aufgenommen.

Als Robert Cecil seine Rede hielt, wurde der Lautsprecher eingeschaltet, so daß der englische Delegierte, der auf die französische Höflichkeit appellierte, einigermaßen verständlich war. Alsdann wurde aus Amerika eine Botschaft des Senators Borah direkt übertragen, die allerdings

ziemlich verzerrt ankam.

Am 11 Uhr 15 französischer Zeit wurden die Gegenkundgebungen so förmlich, daß die Gendarmen die Sitzungssaal betrat, um den Redner, auf dem die Redner und die geladenen Gäste saßen, zu schützen.

Von diesem Augenblick an war es jedenfalls klar, daß die Manifestanten seinen weiteren Redner mehr zum Wort kommen lassen wollten. Besonders deutlich wurde dies, als der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, zu sprechen veranlaßt. Er wurde fortgesetzt unterbrochen und teilweise erlöteten Aufe „a Berlin“. Diese jenen ansehend, auf die Behauptungen französischer Blätter hin, daß Houghton ausgerechnet deutschfreundlich sei.

Ein Pfeiffkonzert wurde immer häufiger.

Hierauf veränderte Herriot, mit dem Leitern der feinerzeit von Gaby gegründeten Frontkämpfervereinigung „Gaby du feu“ eine Einigung dahin zu erzielen, daß einer ihrer Delegierten das Wort ergreifen könnte, wenn sie bis zum Schluß Ruhe halten wollten. — Diese Frontkämpfervereinigung war mit 2000 Mann im Saale erschienen und veranstaltete die planmäßig durchgeführten Kundgebungen.

Die von Herriot erstrebte Einigung kam jedoch nicht zu stand, die Führer der Kundgebungen verlangten, sofort das Wort ergreifen zu dürfen. Als dies abgelehnt wurde, so führten die Demonstranten das Publikum, und es kam zu Schlägereien. Herriot und de Jouvelet konnten sich nur mit Mühe vor tätlichen Angriffen schützen. Eine Kette von Polizisten deckte sie, worauf de Jouvelet, um der Form zu genügen, wenigstens die vorgegebenen Schlüsselwörter sprechen konnte.

### Pressfestimmen.

Die geladene Morgenpresse beschäftigte sich mit den lärmenden und störenden Kundgebungen im Trocadero, die zum Schluß der öffentlichen Kundgebung für die Abwärtung zu einem Sturm auf die Rednertribüne geführt haben. Wäpfer der rechtsgerichteten Blätter sich von den Radikalen, als deren Urheber die Action française, die Frontkämpfervereinigung „Gaby du feu“ und die Jugendorganisation der Patrioten-Liga, die unter der Leitung des bekannten nationalsozialistischen Abgeordneten Zaittinger steht, genannt werden, äußert befriedigt zeigen, lehnen die Zeitungen der Linken die Ausführungen in scharfen Ausdrücken ab.

### Frankeichs Freunde enttäuscht.

Grandi über Labals Rede.

Neuport, 29. November

Bei einem Frühstück erklärte der italienische Außenminister Grandi, der Hauptzweck seines Amerikaabeches sei die Uebermittlung der Zulage Italiens gewesen, an der Lösung der großen internationalen Probleme des Augenblicks lokal mitarbeiten zu wollen. Das kommende Jahr werde für die ganze Welt außerordentlich schwer sein. Italien werde in seiner Politik den einschlägigen Weg weiter verfolgen. Nach den Verleihen der „Times“ über die Rede des französischen Ministerpräsidenten könne ermarret werden, daß die französische Regierung und das französische Volk den egoistischen Nationalismus überwinden und weisere handeln werden, wenn sie sich mit den großen internationalen Fragen und Gefahren befassen müssen, die sich im nächsten Jahre zweifellos der Welt aufdrängen werden.

Im Augenblick habe allerdings Labal die ausländischen Freunde Frankreichs enttäuscht, da er in seiner Haltung zuviel auf sich, um dadurch seine politische Position im Lande fest zu machen. Er habe zwar seine Mehrheit erhalten, es sei sich jedoch, ob er auch das Vertrauen da gewonnen habe, wo Frankreich es am nötigsten bedürfte.

### Die Steuern im Dezember.

Im Reich:

5. Der in der Zeit vom 16. bis 30. November einbehaltene Lohnabzug und die Kirchensteuer für die gleiche Zeit sind abzuführen. (Keine Schonfrist.)
  10. Voranmeldung der Umsatzsteuer und Vorauszahlung für November. (Schonfrist bis 17. Dezember.)
  10. Die Einkommensteuer für November ist anzumelden und im Berechnungsverfahren zu zahlen. (Keine Schonfrist.)
  21. Lohnabzug und Kirchensteuer für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember. (Keine Schonfrist.)
- In Preußen:
10. Bier- und Getränkesteuer ist fällig.
  15. Die Grundvermögenssteuer mit Zuschlägen für Monatszahler.
  15. Die Hauszinssteuer ist zu entrichten.

# JILSE RÖMER

Roman von Elisabeth Bonchapt

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„Sie können jetzt nicht mehr leben“, sagte er nach einer Weile ihren Schwiegern. „Warten Sie nur, die Glode an der Gittertür. Der Haushomeister wird Ihnen öffnen, und dann fragen Sie nach der Mamell. Sie ist eine alte, treue Seele, der Sie sich ruhig anvertrauen können. Die — Gräfin wird Sie heute kaum empfangen können, denn im Schlosse ist Gesellschaft — Um lo besser für Sie, Sie können sich erst in die neuen Verhältnisse finden und morgen mit neuer Kraft und frischen Mut Ihr Werk beginnen. — Nur nicht übereck und nicht gesagt!“ Der Junge mag wohl überflüssig sein — Er erhielt ja schon den Brod Ihres starken Mutes und Vertrauens, aber wenn Sie trotz dem einmal eines Rates — eines Trostes bedürten — doch da sind wir ja idon am Gitter“, unterbrach er sich selbst. „Gott beschützen denn!“  
Er gab ihr die Tische, verbogte sich, und ehe Sie es sich verlor, war er umgeben und im Dunkel verschunden. Nicht einmals Wort des Dantes hatte sie ihm lazen können. Sie blieb stehen und sah ihm gedankenvoll nach.  
Seltsamer Mensch! Das Aussehen eines Bauern und das Benehmen und Wesen eines gebildeten Mannes. Bescheiden und zurückhaltend und doch gleichsam beherrschend und gebietend in jedem Wort, das er gesprochen hatte. Wer machte dieser Doppelwesenheit sein? Wenn Sie eines Rates — eines Trostes bedürten, — Sätze er gemeint, daß Sie dann zu ihm kommen sollte? Welche Waagt betraf er, daß er ihr dann hätte beistehen können? — Wie viele nicht zu beantwortende Fragen auf einmal!  
Mit einem unerwartlichen Aud wandte sie sich um. Vor ihr lag das Schloß. Sie konnte bei der bereits eingetretenen Dunkelheit nur die Umrisse des mächtigen Gebäu-

des, aus dem die Reihe der hell erleuchteten Fenster wie Fächer durch die Finsternis sahen, erkennen. Am dem Gittertor, das den Schloßhof von der Straße trennte, brannten Laternen und schillte die vermalte Umgebungs. Zu beiden Seiten des Torrs waren mächtige Rekonen aufgestellt, die jetzt nur zur Herde, ehemals jedoch Verleibungsmittel waren. Auch mußte früher ein Graben das ganze Schloß umgeben haben, denn das Erdreich lag steil ab längs des Gitters und unten befanden sich, soweit Jilse erkennen konnte, Gartenanlagen. Der Schloßhof war groß und breit.

Das war zunächst alles, was ihre Blicke erfassen konnten. Als sie jetzt an der Glode zog und der Ton durch die tiefe Stille hallte, klopfte ihr Herz selbsterregt in förmlichen Schlägen. Was lag hinter diesem Gitter für sie verborgen? Welches Schicksal harret ihrer? Würde ihr Stolz die Demütigungen ihrer Stellung ertragen und mußte sie, nach dem, was sie bisher vernommen hatte, nicht fürchten, daß ihre viele warteten?

„Nur mußte vorwärts, er nicht verzagt!“ Sätze das nicht stehen ihr schlauer Begleiter gelagt und was er ihr dabei nicht lo warm und freigezügig geworden? Wie er durch wenige Worte zu ermuntern verstand!

Wieder wollte sich die Gestalt des Fremden vor ihre Seele stellen, aber sie drängte sie hastig zurück.  
Aus dem Hofe wurden schlängelnde Schritte laut und eine große, dunkle Gestalt näherte sich dem Tore.

Was ist das? Fracht eines Besämmen.  
Die neue Gouvernante gab Jilse zur Antwort.  
Der Riegel wurde zurückgehoben und das Tor geöffnet. Sie trat ein. Der Schein der Laternen fiel gerade auf ihr Gesicht.

„Donnerwetter“, entfuhr es dem Haushomeister, „hätten auch was anderes werden sollen! Na — der alte Kratzvogel ist mal für ein gutes Wort.“

„Hätten Sie mich nicht kommen lassen“, unterbrach sie ihn kurz, war mit Kopf stolz in den Laden und ging an ihm vorbei.  
Der Haushomeister sah sie eine Weile verduht und sprachlos an. Das slang ja eine Weile verduht und

schick des hochmütige Ding eigentlich ein, ihm, dem Haushomeister, lo zu kommen? Na, der Hochmut wird ihr bald ausgetrieben werden. Hühlig war sie ja. Donnerwetter noch mal — was für den jungen unglückigen Herrn, wenn der auf Urlaub kam — aber beschließen läßt sich der Kratzvogel darum von lo einer nicht. Er setzte die strengste Miene auf und lagte hartig:

„Kommen Sie mit!“  
„Er dachte nicht daran, ihr die Handtasche abzunehmen. Was war sie denn auch weiter als im Schlosse bedientet wie er?“

Sie solats mit gemühten Gefühlen. Dieser erste Empfang war nicht gerade vertrauensvermend.

Der Haushomeister trat in die Tür des rechten Seitengebäudes und rief in das Souvertrain, laut und ungeniert: „Mamell! Mamell!“

Nach einigen Minuten zeigte sich ein Knopf in der Türhaute.

„Nun, Haushomeister, was gibt's? Warum schreiben Sie Sie wissen doch, daß ich heute alle Hände voll zu tun habe.“

„Gang recht, Mamell, aber die neue Gouvernante, ist hier und ich weiß doch nicht recht, wo ich mit ihr hin soll.“

Als ob es sich um ein Stück Möbel handelte, von dem man nicht weiß, wohin stellen lo sprach er von ihr. Der Mann wurde ihr immer unheimlicher.

Der alte Einbruch wurde jetzt aber durch einen freundlicheren verwischt. Die Mamell trat jetzt vollends aus der Tür und ein freundlich gutmütiges, wenn auch etwas derbes, rotes Gesicht nickte Jilse grüßend zu:

„Wenn Sie das neue Fräulein sind, bitte ich Sie, mir zu folgen. Ich habe bereits Anweisungen erhalten und werde Sie in der Zimmer führen.“  
Dieser Höflichkeit im Gegensatz zu der Art des Haushomeisters, tat Jilse unbedenklich wohl und ließ einige freundliche Begrüßungsworte für die Mamell.

(Fortsetzung folgt.)

# Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 30. November 1931

**Am Kupfernen Sonntag** (6. Dezember) sind die Ladengeschäfte von 11—18 Uhr geöffnet. Der laufenden Bevölkerung ist damit die Möglichkeit gegeben, recht frühzeitig die Weihnachtsgüter vorzunehmen. Sie hat Gelegenheit in Ruhe die Auswahl der Gegenstände vorzunehmen und jedes Geschäft wird sich bereit erklären, die gefaßten Waren bis Weihnachten in Verwahrung zu nehmen. Darum richten wir an alle die Bitte: Besorgt eure Weihnachtsgüter recht bald und lauft am Dte!

**Kraftfahrer, rechtzeitig abblenden!** Je früher die Tage werden, um so mehr häufen sich wieder die Klagen, daß die Kraftfahrer auf der Landstraße bei Begegnung mit anderen Begegnungen nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß abblenden. Der Deutsche Touring-Club rühmt daher an alle Kraftfahrer die dringende Aufforderung, in ihrem eigenen Interesse die gefälligen Vorschriften über das Abblenden immer genau zu beachten. Dringend notwendig ist, daß beide Lampen abgedunkelt werden. Einseitiges Abblenden oder vollständiges Ausschalten eines Scheinwerfers ist unzulässig!

**Das Weihnachtsgeschäft der Reichsbahn.** Die Reichsbahn hat sich in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage entschlossen, dem reichlichen Publikum in diesem Jahr besonders entgegen zu kommen. Zum erstenmal ist die Gültigkeit der Weihnachtserleichterungen über das ganze Jahr bis zum 24. Dezember 1931 bis zum 4. Januar 1932 verlängert worden. Die Zeitdauer, die Reise-Gemäßigung in Anspruch zu nehmen, ist also im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren verdoppelt. Die Fahrpreisermäßigung beläuft sich auf etwa 33%, v. d.

**Ansprüche von 1928 verjähren.** Fristablauf am 31. Dezember. Unter Berücksichtigung des immer noch vorhandenen Vorkommens scheint es nach der Hauswirtschaftszeitung angebracht zu sein, schon jetzt auf die bevorstehende Verjährung der Ansprüche aus dem Jahre 1928 zum Ende des 33. hinzuweisen. In zwei Jahren werden die Ansprüche, sowohl der Kaufleute auf Lieferung von Waren, als auch der Arbeiter auf Zahlung des Lohnes unzulässig. Da der Tag, an dem die Forderung entstanden ist, nicht immer festgelegt werden kann, beginnt der Lauf der Verjährungsfrist mit dem Ende des Jahres, in dem die Ansprüche entstanden sind. Dandelt es sich um Forderungen eines Kaufmanns an eine Firma, die von ihm Ware zwecks Weiterverkauf bezogen hat, so verjähren die Ansprüche erst in 4 Jahren. Am zweckmäßigsten ist es, bis zum 31. Dezember 1931 dem Schuldner einen Zahlungsbefehl zuzustellen, da mündliche Mahnungen oder sonstige Zahlungsaufforderungen die Verjährungsfrist nicht unterbrechen.

**Stillschweigender Bericht** auf einen Teil der aufstehenden Kündigungsschrift kann nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Karlsruhe vom 1. Juni 1931 Nr. 223/31 auch schon darin liegen, daß der Arbeitnehmer gegenüber einer zu einem bestimmten Endtermin ausgeprochenen Kündigung erklärt, er lege die Notwendigkeit der Kündigung mit Rücksicht auf die Lage des Betriebes ein, ohne daß der Arbeitnehmer dagegen protestiert, daß bei der Kündigung die gefälligen, vertraglich oder tariflich zutreffende Kündigungsfrist nicht eingehalten worden ist.

**Nachträgliche Annahmeverweigerung** auch bei Drucksachen. Bisher mußte die Annahmeverweigerung von Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapieren, Warenproben, Mitteilungen und offenen Büchern vor der Zustellung erklärt werden. Das Reichspostministerium hat jetzt erlaubt, daß offene Briefsendungen von den Empfängern nachträglich verweigert werden können, wenn die Sendungen spätestens 24 Stunden nach der Zustellung zurückgegeben werden.

**Die Stadt trägt die Verantwortung für die Sicherheit der Wege!** Dieser Grundsatz ist in einem Urteil des Reichsgerichts vom 4. 6. 30 erneut festgelegt worden: „Eine Stadtgemeinde, die einen Weg, auf dem sie durch einen Unternehmer Kabelarbeiten hätte ausführen lassen, für den Verkehr wieder freigelegt, ruht sich zuvor vor seinem verkehrssicheren Zustand überzeugt zu haben, handelt fahrlässig. Die Nachlässigkeit desjenigen, der einen solchen Weg benutzte, ist nicht so schwer zu werden, daß ihr gegenüber jegliches Verschulden der Stadtgemeinde zurücktreten müßte.“

**Vorsicht!** Die Maul- und Klauenseuche ist nun auch in einem hiesigen Gebiet festgestellt worden. Besonders gilt es, einer weiteren Verbreitung der Seuche Einhalt zu tun, damit sie bald wieder aus unserer Gegend verschwindet.

**Golpa.** (Angefahren.) Zwei kleine Kinder verletzten noch kurz vor einem aus Föhrenweg kommenden Personkraftwagen der GWS die Straße zu überqueren. Hierbei wurde ein 3jähriger Waisenknabe, der bei einer Familie Aufnahme gefunden hat, angefahren, der Kleine erlitt einen Armbruch, innere Verletzungen und zahlreiche Hautabschürfungen. Er wurde sofort ins Bitterfelder Krankenhaus gebracht. Dem Kraftwagenführer soll keine Schuld treffen.

**Delitzsch.** 27. November. (In einem halben Jahre 28000 Mark erwidmet.) Der 58 Jahre alte Maurermeister Otto C. von hier ist vom Gemeinamen Schöffengericht Leipzig wegen Betrugs zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach Ableistung des Offenbarungseides ist C. völlig mittellos nach Leipzig gekommen; er hat verlernt, „Firmen zu gründen“, und dabei wenigstens für sich einen beachtenswerten Erfolg gezeitigt: drei Geliebte haben ihm zusammen etwa 28000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Firmen blieben ungegründet; das Geld aber wurde durch C. reiflos verbraucht.

**Eilenburg.** (Wieder ein Gut unter dem Hammer.) Vor dem Eilenburger Amtsgericht fand gestern die Zwangsversteigerung des 300 Morgen großen Anwesens des verstorbenen Gutsbesizers Guitold Beck (ehel. Landwirt Schmidt) in Sprotta statt. Den Zuschlag erhielt Kaufmann Alfred Schulze-Immenhof mit 39000 RM.

**Dommitsch.** Mit der Hand in die Kreisfänge kam das bei der Witwe Hartmann hierlebt in der Breitenstraße beschäftigte Dienstmädchen. Die Verunglückte, welche mit der Zurechnung von Dolz an der Kreisfänge beschäftigt war, kam auf unaufgeklärte Weise mit der linken Hand der Säge zu nahe, so daß ihr die Kuppen von zwei Fingern fast abgeschnitten wurden. Der sofort hinzugezogene Arzt ordnete die sofortige Überführung der Verletzten in das Torgauer Krankenhaus an.

**Magdeburg.** In den letzten Tagen sind in Magdeburg und Umgegend, vorwiegend in der Neuen Neustadt, viele falsche 5 und 10 Markstücke mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1931 in kleinen Lebensmittelläden in Umlauf gesetzt worden. Die Fälschungen sind sehr gut nachgemacht, haben das Aussehen von Neuzulässen und erwecken den Anschein, als seien sie erst aus der Münze gekommen. Sie sind aber die Lecher als die echten und haben keinen Klang.

**Stahlwerk Frankleben stillgelegt.** Halle. Das Eisen- und Stahlwerk Frankleben (ein Nebenbetrieb von Eilenburg) ist stillgelegt worden, wodurch über 100 Arbeiter hinfällig geworden sind. Der Stilllegungsentwurf war vorläufig schon vor längerer Zeit bei der Regierung gestellt worden.

**Sicherungsmaßnahmen wegen der Dittsche.** Herzberg. Auf Grund der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten vom 17. November d. J. sind jetzt außer den Sicherungsmaßnahmen über das Vorkommen des Freiherren von Dittsch in nach 23 landwirtschaftliche Betriebe unter das Sicherungsverfahren gestellt worden. Es werden Treuhänder bestellt, denen dann die Aufsicht obliegt. Aus dieser großen Anzahl veränderter kleiner Landwirtschaften geht deutlich hervor, wie groß die Not im Reicheshöhe ist und die der Landwirtschaft ist.

**Die Furcht vor der Erziehungsanstalt.** Nordhausen. In der Überführung der Erzieherin Straube stürzte sich in den Nachmittagsstunden ein junger Mann aus dem Personenzug Halle-Kassel. Er erlitt sehr schwere Verletzungen und wurde in eine Klinik gebracht. Der junge Mann sollte von seinem Pflegevater in eine Nordhäuser Anstalt gebracht werden und dürfte die Tat aus Verzweiflung begangen haben.

**Elzig überläßt Personalausloos — Zwei Tote.** Braunshweig. Am Sonnabend vormittag wurde am Bahübergang Seimfelder Straße ein dem Rittergutsbesitzer von Goslar aus Oberelze bei Königstutter gehöriger Personkraftwagen von einem aus Richtung Magdeburg kommenden Elziger überfahren. Von den Insassen waren eine Dame und der Chauffeur sofort tot. Ein Herr wurde schwer verletzt ins Marienkrift gebracht. Die Personalien der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden.

**Stendal.** In der Zeit vom 1. bis 15. Novbr. ist die Zahl der Erwerbslosen im Bezirksarbeitsamt Altmark um weitere 67 Prozent gestiegen. Ihre Gesamtzahl belief sich am 15. November auf 4128. Die rüchtlige Bewegung der Beschäftigtenfrage soll allein aus Ausgaben aus der Landwirtschaft und dem Bauhandwerk zuzuführen sein.

**Einheitsgemeinde der Salzstädte wird Wirklichkeit.** Bad Salzungen. Am Donnerstagabend beschloßen die Stadtratsmitglieder mit 12 gegen 8 Stimmen, sich mit den Nachbarorten Schönbach und Frobie zusammenzuschließen. Gegen die Vereinigung sprach sich die Rechte, die Bürgerlichen Parteien und die Kommunisten aus. Für die Vereinigung stimmte lediglich die Sozialdemokratische Mehrheit. Bisher hatte Bad Salzungen stets den größten Widerstand gegen die Bildung der Großgemeinde entgegengebracht. Mit Grund des jetzigen Beschlusses rechnet man damit, daß bis spätestens 1. Januar die neue Großgemeinde vom Ministerium gebildet wird.

**Bad Harzburg.** Wie die Ermittlungen über die Höhe der von dem Bankrotstörer Junke unterliegenden Summe ergeben haben, beläuft sie sich auf insgesamt etwa 100 000 Mark. Am empfindlichsten geschädigt ist mit etwa 40 000 Mark der Harzburger Rennverein. Die Harzburger Bank ist mit circa 20 000 Mark in Mittelschuldhaft gezogen, während die Privatbank des Junkes sich auf über 30 000 Mark belaufen.

**Kommunistische Bürgermeister wiedergewählt.** Schwanenberge. Das Gemeindeordnetenkollegium von Schwanenberge wählte mit 6 gegen 5 Stimmen den von der KPD angehenden Bauermeister Wolf zur weiteren Wiederwahl zum Bürgermeister. Wolf war schon im vorigen Jahr einmal gewählt, aber von der Gemeindeammer nicht anerkannt worden. Er wurde nach seiner vorjährigen Wahl bekanntlich durch die Polizei aus dem Gemeindeamt entfernt, in das er sich begeben hatte, um wiederholt für seine Befähigung die Leitung der Gemeindegeschäfte zu übernehmen.

**Zuchthaus wegen Unterschlagung im Amt.** Plauen i. V. Der Staatsförster Kurt Medler aus Brumböck wurde vom Gemeinamen Schöffengericht zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe oder weiteren fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe beziffert sich auf die Unterschlagung von 8000 Mark, die der Angeklagte neben einem Gegenstand der Grobstafe zu führen hatte, hatte in den Jahren 1927 bis Ende Mai 1930 einen Fehlbetrag aufzuweisen, der nach und nach auf 8000 Mark angewachsen und in einer Höhe von mindestens 7500 Mark durch Unterschlagung entstanden war.

**Die Kraftwagenbesitzer Leipzig-Halle.** Leipzig. In der Schriftenreihe des Leipziger Ratsherrensamms „Leipziger Verkehr und Verkehrsplanung“ ist Joseph ein Vortrag von Dr. Ing. Herbert Götter-Halle über die Finanzierung von Kraftwagen in der Bau- und Finanzierungs-erfahrungen bei der Aut-Ausloosung Bonn-Köln, die befaßlich der Fertigstellung entgegensteht. Die Ausschüsse für die Aut-Ausloosung (Straßenverkehrsamt) zwischen Leipzig und Halle. Ergänzt wird das von Stadtmagistrat Dr. Schurig-Leipzig bearbeitete Ergebnis der Kraftverkehrs-erhebungen vom 5. bis 7. Juni 1931 veröffentlicht. Darnach ergibt sich auf der heutigen Landstraße Leipzig-Halle ein durchschnittlicher Kraftfahrzeugverkehr von täglich etwa 1000 bis 1100 Fahrzeugen in beiden Richtungen.

**Noch kein Abschluß der fälligen Aut-Ausloosung.** Wir erfahren von maßgebender Seite, daß die Meldungen, wonach die Verhandlungen über den Zusammen- schluß von Länd. KPD, Horch und Wanderer bereits abgeschlossen und die entsprechenden Verträge unterzeichnet seien, den Tatsachen voraussetzen. In der vor einigen Tagen in Dresden abgehaltenen Sitzung der beteiligten Gesellschaften und Banken wurden die Grundlinien der Verträge ausgearbeitet, die die Basis für die abschließenden Verhandlungen bilden sollen.

**Der Erbschein.** Von Justizobersekretär Wiltter in Dsnobrück. Mancher „glückliche Erbe“ ist wohl schon in die Lage gekommen, sich über sein Erbrecht ausweisen zu müssen. Namentlich Behörden benötigen sich häufig nicht damit, daß der Erbe sich auf sein Erbrecht beruft, sondern verlangen einen Nachweis besitzen. Um diesen erbringen zu können, hat das Bürgerliche Gesetzbuch den Erbschein geschaffen. Er stellt ein Zeugnis des Nachlassgerichts dar, welches dem Erben auf seinen Antrag über sein Erbrecht und gegebenenfalls auch über die Größe seines Erbschnitts erteilt wird. Zur Geltung eines solchen Antrags ist jeder Erbe berechtigt, gleichgültig, ob er gesetzlicher Erbe oder durch Testament berufen ist. Kommen mehrere Erben in Frage, so kann jeder einzelne Erbe, unabhängig von dem Willen der anderen, den Antrag stellen. Eine bestimmte Form ist dafür nicht vorgeschrieben, so daß der Antrag auch privatchriftlich gestellt werden kann. Doch ist wegen der mannigfachen Formvorschriften zu empfehlen, die Hilfe des Gerichts oder einer rechtskundigen Person in Anspruch zu nehmen.

**Unsere**

## Spielwaren - Ausstellung

nur Markt 3

ist eröffnet und enthält auch in diesem Jahre eine ganz besonders reichhaltige Auswahl in

### Spielsachen jeder Art

Alles, was Kindern Freude bereitet, vom Kleinsten bis zum Größten, finden Sie bei uns in großer Auswahl und zu denkbar billigsten Preisen. Bitte besichtigen Sie unsere Ausstellung. Warten Sie jedoch nicht bis kurz vor dem Fest!

# Richard Arnold :-: Kemberg

An den 3 Sonntagen vor Weihnachten von 11 bis 18 Uhr geöffnet.

Zunehmen ist in dem Antrage zunächst der Zeitpunkt, an dem der Erblasser verstorben ist; ferner hat der Antragsteller darzulegen, auf welchem Verhältnis sein Erbrecht beruht, z. B. also daß er das Kind des Erblassers ist. Sodann muß angegeben werden, ob und welche Personen vorhanden sind oder waren, durch die er von der Erbfolge ausgeschlossen oder sein Erbteil gemindert werden würde. Wer sich also mit Geschwistern die Erbschaft teilen muß, ist verpflichtet, die Zahl der Miterben zu nennen. Schließlich muß er auch noch angeben, ob und welche Verfügungen von Todes wegen der Erblasser hinterlassen hat und ob ein Nachtestament über das Erbrecht anhängig ist.

Den Tod des Erblassers muß der Antragsteller durch eine landesamtliche Sterbeurkunde nachweisen. In gleicher Form muß er das Verhältnis beweisen, auf dem sein Erbrecht beruht. Ist also z. B. der Vater gestorben und von der Mutter zu 1/2 und den beiden Söhnen zu je 1/4 beerbt worden, so hat — falls der eine Sohn der Antragsteller ist — er noch die Heiratsurkunde seiner Eltern sowie seine Geburtsurkunde und die seines Bruders vorzulegen. Jedemfalls muß die Größe seines Erbteils sich aus den beigebrachten Urkunden einwandfrei ermitteln lassen. Die Richtigkeit

der übrigen im vorigen Abzug bezeichneten Angaben muß er durch eine eidesstattliche Versicherung erhärten, die vom Gericht oder Notar zu beurkunden ist. Sie hat dahin zu lauten, daß ihm nichts bekannt ist, was der Richtigkeit seiner Angaben entgegensteht. Nur unter besonderen Umständen, z. B. wenn die Tatsachen dem Gericht schon anderweitig bekannt geworden sind, kann das Gericht die Versicherung erlassen.

Mehreren Erben wird auf Antrag ein gemeinschaftlicher Erbschein erteilt, in welchem alle Erben sowie die Erbteile angegeben werden. Auch wird, falls ein Testamentvollstrecker ernannt ist, die Ernennung in den Erbschein aufgenommen.

Durch den Erbschein kann sich der Erbe als solcher ausweisen. Der Erbschein gilt solange als richtig, als seine Unrichtigkeit nicht erwiesen ist. Das könnte z. B. vorkommen, wenn der Erblasser, weil er lange Zeit verschollen war und deshalb für tot erklärt ist, tatsächlich aber noch lebt. In solchem Falle müßte das Nachlassgericht den Erbschein einziehen oder, wenn das nicht sofort möglich ist, ihn durch Beschluß für kraftlos erklären.

Es ist auch zulässig, den Gültigkeitsbereich des Erb-

scheins dahin einzuschränken, daß er nur zur Verfügung über bestimmte Gegenstände dienen soll. Besonders häufig kommt das vor, wenn der Erbschein lediglich zur Verfügung über eine Hypothek oder Grundschuld gebraucht wird. In diesem Falle wird der Erbschein nicht dem Antragsteller ausgefertigt, sondern dem zuständigen Grundbuchamt zur Aufbewahrung bei den Grundakten übergeben. Durch diese Maßnahme kann der Antragsteller eine nicht unwesentliche Kostenersparnis erzielen. Denn die Gebühren richten sich dann nur nach der Höhe der Hypothek bzw. Grundschuld, während bei einem allgemein gültigen Erbschein die Höhe des gesamten Nachlasses (nach Abzug der Schulden) für die Gebührenberechnung maßgebend ist.

### Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 2. Dezember, abends 7 Uhr **Beichte und heiliges Abendmahl.** Propst Veitram.

Dienstag abends 8 Uhr **Bibelstunde** im Bürgeraal. Prediger Westermann-Bittenberg. Hierzu wird herzlich eingeladen.

Zur **Stollenbäckerei** empfehle **feinstes Weizenmehl** lose und in 5 Pfd.-Beuteln **Bäckerei Ernst Wend Konditorei**

## Rugholz-Auktion

Schöna.

Donnerstag, den 3. Dezember 1931, 10 Uhr, kommen in der „Weintraube“ in **Gräfenhainichen** öffentlich meistbietend zum Angebot aus **Revier Schöna**:

Rahschlag Jag. 19a (Grüner Straße) 323 Reiferstämme Kl. 1a-4b = 207,71 im Durchforstungen und Totalität. Jag. 15-27 361 Reiferstämme Kl. 1a-4b = 191,14 im

Näheres und Lizen durch

von **Bodenhausen'sche Forstverwaltung** Schöna, Bez. Halle/S.

Der geehrten Einwohnerschaft von Kemberg und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich am 1. Dezember 1931 im Hause des Hotel „Blauer Hekt“ eine Drogerie unter dem Namen

## Markt-Drogerie

eröffne. — Auf Grund langjähriger Sachkenntnis ist es mir möglich, Sie in allen vorkommenden Fragen auf das Gewissenhafteste zu beraten. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, Sie durch zünftige Preise und reelle Bedienung zu unterstützen und bitte Sie, mein Unternehmen mit Ihrem Besuche beehren zu wollen.

Hochachtungsvoll

**Paul Hennig**

Markt-Drogerie Kemberg, Markt **Drogen, Farben, Photo-, Haushaltartikel** **Öle und Fette**



## Zum Weihnachts-Fest

empfehle

in nur besten Qualitäten

## Honigkuchen und Lebkuchen

lose und in Packungen

## Baumbehang

## Sarotti-

Marzipanfrüchte und Scherzartikel — Spitzkuchen Dominosteine, Herzen, Konfekt, Schokolade, Kakao — Größte Auswahl —

Bäckerei

**Ernst Wend**

Kreuzstrasse 11

Konditorei

## Sämtliche Schlachte-Gewürze

billigt bei **J. G. Glaubig**

## Zum Hausschlachten

empfehle sich

**Willi Fehse**, Burgstraße

## Gerstenschrot

sehr preiswert, empfehle

**Thiele, Mühle Gaditz**

## Steil



## Rum

ist der Beste!

## Weizenmehl

prima Qualität - niedriger Preis

**Thiele, Motormühle, Gaditz**

## Morgen Dienstag früh 8 Uhr

## Speckfuchen

Ernst Wend

## Morgen Dienstag früh 1/8 Uhr

## ff. Speckfuchen

## Nachmittags 2 Uhr frische Pfann- und Spritzfuchen

Ernst Wend

## Empfehle frisch eingetroffen Schellfisch :: Goldbarsch Fischfilet

## Grüne Heringe

## ff. Matjesheringe

## Wolbücklinge, Spotten ger. Schellfisch, Codscheringe

Richard Tempelhof, Tel. 256

## Empfehle Dienstag früh frischen Schellfisch frischen Goldbarsch frisches Fischfilet

## Grüne Heringe

Ww. C. Heinicke, Anhalterstr. 15 Telefon 356

## Frisch eingetroffen frischer Schellfisch Kabeljau

## „ Goldbarsch

## „ Fischfilet

## Grüne Heringe

zu besonders billigen Preisen empfiehlt **Paul Miertzschke**

## Wagenfett

## Stauferfett

## Lederfett

## Lederlack

## Motoröle

empfehle **Wwe. W. Becker**

Die über **Frl. J. Meier** ausgeprobenene Beileidigung nehme ich hiermit als unwahr reuevoll zurück.

**F. Appelt.**

## Bahnhofswirtschaft

## Kemberg Jeden Dienstag Stat-Abend.

## Reichsbanner

Schwarz-Rot-Gold Bund deutsch. Kriegsteilnehmer E. V.

Dienstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr im Bürgeraal

## Bersammlung

Wohlbekanntes und pünktliches Erscheinen erbeten **Der Vorstand**

## Für den Winter

empfehle

## zu billigsten Preisen

Lodenjoppen - Windjacken - Strickwesten - Pullover Handschuhe - Herrensocken - Wolle Damen- und Kinderstrümpfe Strickkleidung für Damen und Mädchen in neuen Farben Damen-, Herren- und Kinderhemden in weiß und farbig Schläpfer in großer Auswahl - Unterhosen für Damen und Herren Bettluder - Schlafdecken - Strickwolle von billiger bis besser Qualität Herren-Hosen in Manschetter, Pilot und Halbwole.

## Filzpantoffeln und Filzschuhe

**J. G. Glaubig**

## Erwerbslosen

abgebauten Beamten, Kaufleuten usw., auch Damen in Städten und auf dem Lande, die vorwärts streben und sich ohne Risiko

## guten Verdienst

schaffen wollen, bietet

## Mittelstandskrankenkasse mit neuzeitlichen Einrichtungen

infolge Umorganisation eine

## Kreisvertretung

an. Es werden **Höchstprovisionen** und **Zuschüsse** gewährt. Auf Wunsch steht vorbereitetes Adressenmaterial zur Verfügung.

Angebote von wirklich befähigten Kräften und gutbezahlenden Damen und Herren werden erbeten unter

**Schließfach Nr. 313, Halle a. d. S. 2**

## Grosser öffentlicher

## Aufklärungs-Vortrag mit Lichtbildern

nach Dr. Schumann-Düsseldorf über

## alle Krankheiten, deren Verhütung u. Bekämpfung

findet am

Dienstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr in der Hopfenblüte (Em. Jerner) statt.

Selbst in veralteten, hoffnungslosen Fällen ist fast immer Heilung möglich

**Keine Apparate!**

**Keine Gifte**

**Eintritt frei**

Am Donnerstag, den 3. Dezember 1931 abends 8 Uhr spricht im **Blauen Hekt**

## Pg. Alökner

über

## Das wahre Gesicht Sowjetrußlands und seine Erlebnisse in der Tscheka.

Den Anhängern der KPD wird Gelegenheit gegeben, sich über das Sowjetparadies zu unterrichten

Unkostenbeitrag 20 Pfennig



## N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Kemberg

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisliste oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameweile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühr: 10.— Mk. das Aaabend, süßlich Polzeibrief. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 142

Dienstag, den 1. Dezember 1931

33. Jahrg.

## Verkaufssonntage.

Für den Weihnachtsgeschäftsvorkehr in nunmehr auch der 3. Sonntag vor Weihnachten freigegeben worden. Die hiesigen Geschäfte sind somit am 6., 13. und 20. Dezember von 7 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$  und von 11—18 Uhr zum Verkauf geöffnet. Kemberg, den 30. November 1931.

### 156| Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Nach der Polizeiverordnung über Kleinbahnen ist das **Betreten des Bahnkörpers** insbesondere das Uebersteigen des Gleises an anderen Stellen als an den Uebergängen, **verboten** und strafbar. Kemberg, den 28. November 1931.

### 157| Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 28. November

Die Sitzung des Preussischen Landtages stand im Zeichen umfangreicher Abstimmungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten sofortige Beratung ihrer Anträge auf Aufhebung des Verbots des Notens Frontkämpferbundes und aller Weinträgung der Presse- und Redefreiheit sowie angeblicher Mißstände in der Erziehungsanstalt Templin. Die Beratung schickte am Widerstand der Sozialdemokraten, der von den Kommunisten mit Stimm zurück wurde.

Der Landtag nahm hierauf die Wahl seines Präsidenten vor, für die von der sozialdemokratischen, als stärksten Fraktion des Hauses der Abg. Wittmaack vorgeschlagen ist.

Die Ausscheidung ergab die Wahl des Abg. Wittmaack (Magdeburg (S.-M.)) mit 250 Stimmen. Abg. Wittmaack (S.-M.) ist an. Er begibt sich sofort auf den Platz des Präsidenten und dankt in einer kurzen Ansprache dem Hause für seine Wahl. Dabei gibt er unter Bezugnahme der Regierungsparteien das Versprechen ab, sein Amt in voller Unparteilichkeit ausüben zu wollen und erkennt die besondere Verpfändung des Präsidenten an, auch die Rechte der Minderheit wahrzunehmen.

Unter der Leitung des neuen Präsidenten legt das Haus die Erledigung seiner Tagesordnung fort.

Der Antrag des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der Immunität des Abg. Labendorf (Wirtschaftsp.) zum Zweck der Freigabe der Strafuntersuchung wegen des Zusammenbruchs der Berliner Grundbesitzerbank wird angenommen.

Annahme findet auch der umfangreiche Antrag des Hauptauschusses auf Sühnmaßnahmen gegen Unwetterbeschäden in Nord-Hannover, im Kreise Ratibor, ferner im südlichen Teil Kurheffens, ferner im Kreis Warburg, sowie für das Amt Wilmsen, im Gemeinde Wehlen.

In namentlicher Abstimmung wird dann der deutsch-nationale Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Grimme mit 219 Stimmen der Regierungsparteien gegen 173 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Das Haus nimmt schließlich die Abstimmung über die neue Geschäftsordnung vor.

Abg. Teller (Str.) beantragt zunächst bei den neuen Paragraphen 123 abzufassen, wonach namentliche Abstimmung nur erfolgen kann, wenn der Antrag von mindestens 30 anwesenden Abgeordneten unterzeichnet ist. Dieser Paragraph solle nach seiner Annahme sofort in Kraft treten und bei den namentlichen Abstimmungen Anwendung finden.

Nach längerer Debatte findet ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Zentrumsantrag Billigung. Es wurden nur 208 Stimmenten abgegeben. Das Haus ist also beschlußfähig.

Vizepräsident Dr. von Kries teilt hierauf mit, daß die nächste Sitzung am 15. Dezember stattfinden werde. Die Oppositionsparteien nehmen diese Mitteilung mit lebhaftem Beifall auf.

## Des Reiches Winterhilfe.

Dietrich und Schiele im Haushaltsauschuß.

Berlin, 28. November

Im Haushaltsauschuß des Reichstages sprach u. a. auch Reichsfinanzminister Dietrich über die Winterhilfe, wobei er erklärte, die Regierung sei bereit, eine Verbilligung der für die Ernährung notwendigen Produkte zu ermöglichen, und teile mit, daß sich einige Rentiere bereit erklärt haben, Kopfen umsonst zur Verfügung zu stellen, andere liefern sie zu verbilligten Preisen.

Das Reich sei bereit, noch 12 Millionen Mark bereitzustellen, um die freiwillige Aktion der Kohlenproduzenten zu verstärken. So werde es möglich sein, die zwei Millionen Tonnen, die von den verfallenen Rentieren angeboten würden, noch einmal um 6 Mark pro Tonne zu verbilligen.

In der Brotpreisfrage sei eine Verbilligungsaktion im Gange, ebenso bei den Kartoffeln.

Die Lage der Viehproduzierenden Landwirtschaft sei katastrophal geworden. Die Reichsregierung sei bereit, für die Verbilligung des Fleisches 15 Millionen RM aufzumenden, damit die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch für die Dauer von drei Monaten sichergestellt sei.

Reichsernährungsminister Schiele wies darauf hin, daß zur Verbilligung der Kartoffeln im Interesse der Winterbemittelten und Erwerbslosen in Berlin bereits Abmachungen zwischen dem Groß- und Kleinhandel getroffen seien. Die Winterbemittelten erhielten bei den Kleinhandlern Kartoffeln zu einem um 85 bis 90 Pfennig je Zentner verbilligten Satz.

Beim Brotpreis sei, zum Beispiel Berlins ausgehend, in fast allen Großstädten eine Preisentzug für die Erwerbslosen eingetreten.

## Wirtschaftsfragen der Gegenwart.

Die Stellung des Reichsverbandes der Industrie. Auf der Hauptauskunftung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich der neue Vorsitzende Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Eine Besserung wäre nur möglich, wenn alle an der Weltwirtschaft beteiligten Länder zusammenarbeiten. Die innere Sanierung wäre möglichst schnell durchzuführen.

Namens einer Anzahl Verbände des Handels und der Industrie wandte sich der Redner scharf gegen die in letzter Zeit besonders häufig aufgetretene Verhöhnung von Treue und Glauben zum Schaden der Allgemeinheit.

Dr. Krupp forderte dann auch von der Privatwirtschaft und dem Einzelnen die Ausgaben einzuschränken.

Die Frage der Reichsreform erfordert Schritte, die von dem Range zu einer sparsamen, überflüssigen und einseitigen Verwaltung diktiert sind. Dann erklärte der Redner:

Der Reichsverband wird sich nach wie vor jederzeit von der Überzeugung leiten lassen, daß das Schicksal der deutschen Landwirtschaft von höchster nationaler Bedeutung ist. Gleiches gilt auch gerade für den Teil der Industrie selbst, der unter den Begriff der mittleren und Kleinindustrie fällt. Der Reichsverband hat bereits in den letzten Jahren sich besonders der Hilfe der Mittel- und Kleinindustrie angenommen, und ich werde mich auf dieser Linie gleichfalls mit allen Kräften einsetzen.

Der Vortragende wandte sich dann den außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Aufgaben zu. Der Reichsverband lehne selbstverständlich den Verfall der Vertrag ab.

Es müsse im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft eine Lösung gefunden werden, die dem fruchtbarsten Zusammenarbeiten aller Völker einen neuen Auftrieb gebe.

Zur Währungsfrage übergehend, erklärte der Redner: Das Präsidium des Reichsverbandes hat in seinen beiden letzten Sitzungen einmütig und entschieden den Standpunkt angenommen, daß

die deutsche Währung unter allen Umständen erhalten bleiben müsse.

## Für Lockerung der Preisbindungen



mungen im Kreditumlauf des östlichen Wirtschaftsgebietes bei gutem Willen aller beteiligten Stellen endgültig behoben sein, zumal die Reichsamt sich daraufhin zu jeder weiteren Kreditgewährung bereit erklärt hat.

## Ruhrschiedspruch verbindlich.

Erklärungen des Seidenverbandes.

Berlin, 29. November.

Im Reichsarbeitsministerium haben die Nachverhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Ruhrschiedspruchs für den Ruhrbergbau stattgefunden, bei welchem der Vertreter des Seidenverbandes die Erklärung abgab, daß die Erlösverpflichtungen von März bis September 1931 für jede Tonne 1,32 Mark betrage.

Es wäre mit Sicherheit zu erwarten, daß infolge der Auswirkungen der Pfundkrise eine weitere Verschlechterung eintreten müßte. Ohne Senkung der Selbstkosten sei daher keine Möglichkeit gegeben, die Krise zu überwinden.

Er gehe durchaus einig mit den Ausführungen des Schlußgutachtens des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, wenn er angeht die Forderung, daß eine Senkung der Steuern und öffentlichen Lasten zur Zeit nicht möglich ist. Eine Senkung der Arbeitslosenverlängerung. Die Senkung müßte, wenn sie überhaupt wirksam sein sollte, sofort eintreten.

Der Ernst der Lage sei nicht besser zu fassen, denn als durch die freimüßige Erklärung, daß eine Kombination der Lebenshaltung und die allgemeine Wirtschaft nicht in dem Maße gefährdet, wie die finanzielle Lage und der Bestand der Werke durch die Beibehaltung dieser Selbstkosten gefährdet seien.

Der Ruhrbergbau sei in der Lage, alle Feierschichten abzuarbeiten, wenn er zu dem Entschluß komme, von neuem 25 bis 30 000 Arbeiter zu entlassen. Das wolle er nicht verantworten. Das Opfer, das durch die feierschichten aufzuerlegt werde, sei von beiden Gruppen, Unternehmern und Arbeitnehmern zu tragen.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch, der die jetzt gültige Lohnordnung bis 31. Dezember 1931 ohne jegliche Veränderung verlängert, für verbindlich erklärt.

## Beamtenbund und Wirtschaftsbearbeit.

Anzufriedenheit der Beamtenhaft.

Berlin, 29. November

In einer Mitteilung des Deutschen Beamtenbundes, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbearbeiters der Reichsregierung befaßt, heißt es unter anderem:

Dieses Ergebnis, das die Grundlagen einer neuen Notverordnung bilden soll, hat auch die deutsche Wirtschaft auf sich schwerer entlastet. Wiederrum hängt die schärfste weitere Lohn- und Gehaltsförmungen aus dem Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbearbeiters heraus, während andere Möglichkeiten zur Beseitigung der Wirtschaftskrise, insbesondere die Frage einer wirksamen Preisentzug, nur sehr problematisch behandelt wurde.

Allgemein sind die Beamtenbezüge unter den Stand gehalten. Den seit 1927 vor der Neuregelung hatten. Dazu kommt, das wesentliche und unumgängliche notwendige Ausgaben des Beamtenhaushaltes gegenüber dem Stand vor der Währungsneuregelung erheblich verteuert sind. Der geschäftsförmige Vorstand ist der Auffassung, daß die vom Wirtschaftsbearbeiter empfohlene weitere Einschränkung der Lebenshaltung und der Kaufkraft der Beamten und der übrigen Arbeitnehmerkategorien die allgemeine Not verschärft, wie die bisherigen Erfahrungen beweisen.

Demgegenüber fordert er durchgreifende geldgeberische Maßnahmen zur Senkung der Preise, Mieten, Zinsen und öffentlichen Lasten. Insbesondere verlangt er die Beseitigung der wirtschaftlich unerschwinglichen Preisbindungen, der preissteigernden Zollpolitik und der übertriebenden Handelspannen, damit endlich die Preisentzug die Einkommensentzug unterschreitet.

## Gefahren für den Kirchenfrieden.

Ein Erlass des Berliner Evangelischen Oberkirchenrates.

Berlin, 29. November

In einem Rundbrief an die Konfirmanden beschäftigt sich der Evangelische Oberkirchenrat der altpreussischen Union mit den Gefahren, die aus der wachsenden Verjährung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze für den Frieden des kirchlichen Gemeindelebens erwachsen. In diesen Zeiten der Spanne ist die Kirche „der von Gott gegebene Sammelplatz der Einheit und Einigkeit“. Diese Einheit dürfe nicht gefährdet werden.

Die Oberste kirchenbehörde legt allen Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Gemeindegliedern die hohe Verantwortung dafür aufs Gewissen, daß der Frieden des Gemeindelebens und die Weisheit des Gottesdienstes keine Störung erleiden. Der Pfarrer müsse sich innerlich und äußerlich seines Amtes unbelastet des Rechts der freien Mei-